

Reps planen Einzug in jüdische Villa

Gysi und weitere PDS-Politiker: »Ein politischer Skandal ersten Ranges«

Von Jan-César Woicke

Die Republikaner wollen ihre Bundeszentrale verlegen. Vom Berliner Bezirk Steglitz (West) nach Pankow (Ost). Der Skandal: Die Immobilie ihres Begehrens gehörte bis 1938 dem jüdischen Zigarettenfabrikanten Moritz Garbáty. Und der wurde von den Nazis gezwungen, sein Anwesen zu verkaufen.

Noch ist nicht klar, ob ein entsprechender Mietvertrag zwischen den Republikanern und dem Hauseigentümer Seifert für das Gartenhaus des Anwesens in der Berliner Straße tatsächlich zustande gekommen ist. Bei den Reps geht man allerdings »davon aus«. Und auch Siglinde Schaub, PDS-Betriebsvorsitzende, zeigte sich gegenüber ND sicher, daß ein entsprechender Kontrakt mit Wirkung vom 1. Februar 1999 von beiden Seiten unterschrieben wurde. »Aber es kommt noch viel dicker«, bedauerte sie. »Nach meinen Erkenntnissen ziehen die Reps bereits am kommenden Dienstag ein.« Von Seifert selbst war keine Stellungnahme dazu zu bekommen.

Rechtlich ist der Deal kaum zu kippen

Rechtliche Möglichkeiten, den Deal noch zu kippen, sieht Schaub »kaum«. In Sachen Mietvertrag herrsche in Deutschland »Privatautonomie«. Der Hauseigentümer könne selbst entscheiden, wen er gerne als Mieter hätte. Doch gebe es eben auch den verfassungsrechtlichen Grundsatz, daß Eigentum verpflichte. Und den müsse auch »Herr Seifert« beherzigen. Allerdings stehe offenbar für das Haus noch eine »Sanierungsgenehmigung« aus, da das Grundstück in einem Sanierungsgebiet liege. Doch für deren Erteilung dürften politische Erwägungen selbstverständlich keine Rolle spielen.

»Ein politischer Skandal ersten Ranges« sei die Absicht der Republikaner, »ihre rechtsextremen Machenschaften künftig aus der Immobilie eines Opfers des Holocaust zu steuern«, erklärten gestern die PDS-Bundestagsabgeordneten Gregor Gysi, Christa Luft, Petra Pau und der in Pankow gewählte Manfred Müller. Sie forderten alle demokratischen Kräfte auf, diese Dreistigkeit und diesen Akt der Menschenverachtung zu verhindern.

Auch Siglinde Schaub hofft jetzt auf »öffentlichen politischen Druck« und möchte so die Rechtsextremen »vergraulen«. Außerdem kündigte sie an, noch am gestrigen Abend einen Brief an den Hauseigentümer zu schreiben und ihn ultimativ aufzufordern, vom Vertrag zurückzutreten.

Der Kreisverband der SPD teilte mit, daß »mit Empörung und Bestürzung« die Nachricht aufgenommen wurde. Vorsit-



Schon bald könnte das Gelände der jüdischen Villa Garbáty in Ostberlin neues Hauptquartier der Republikaner sein

ND-Foto: Udo Klein

zender Hans-Peter Seitz erklärte, alle demokratisch Gesinnten seien aufgerufen, »in einem Schulterschuß gegen eine solche zentrale Einrichtung der Demokratiefeindlichkeit und des ausländerfeindlichen Denkens und Handelns« initiativ zu werden.

Beide Parteien kündigten an, eine Unterschriftensammlung gegen den Einzug in das Garbáty-Haus zu starten. Außerdem solle der mögliche Einzug am 15. Dezember nicht unbemerkt geschehen, merkte Schaub an. Was ihre Partei im Detail unternehmen werde, sei zwar noch offen, doch halte sie eine Mahnwache am Ort des Geschehens für sehr wahrscheinlich.

PDS-Geschäftsstelle hat selben Eigentümer

Die Pankower demokratischen Sozialisten haben derweil noch ein ganz anderes Problem: Ihre Geschäftsstelle in der Breite Straße ist seit einiger Zeit ebenfalls im Eigentum Seiferts. Zwar seien noch keine entsprechenden Beschlüsse gefaßt, doch könne sie sich »nicht vorstellen, daß wir hier bleiben werden«, sagte Schaub, wenn der Geschäftsmann am Pakt mit den Reps festhalte.

Sie äußerte weiterhin den Verdacht, daß die Wahl der Immobilie »kein Zufall« sei. Das sei eine klare Provokation. Eine These, die Republikaner-Sprecher Klaus-Dieter Motzke gegenüber ND ins Reich der Phantasie verwies. Er zitierte seinen Bundesvorsitzenden, der erklärt hatte, daß die Räumlichkeiten »ohne Wissen über die ehemaligen Vorbesitzer« angemietet worden seien. Ein Umzug sei schon lange geplant, da »Bundes- und Landesgeschäftsstellen an einem Ort zusammengefaßt werden sollen«. Das zu glauben, sei ziemlich »blauäugig«, da die Reps in ihrem Bezirk stark vertreten seien und »die Geschichte des Hauses allgemein bekannt ist«, entgegnete Schaub.

Nicht äußern zu derlei Spekulationen wollte sich der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde Berlins, Andreas Nachama, auf ND-Nachfrage. »Der Hauseigentümer weiß davon«, betonte er. Auch er appellierte an dessen Verantwortung und forderte die Annullierung des Vertrages.

Es sei »ironisch und pervers« wenn die rechtsextremistischen Reps ihren Bundeshauptsitz auf dem Gelände der Villa Garbáty errichten, das von den Nazis enteignet worden war. Der Ort könne »nicht unangemessener sein«, sagte Nachama. Er freue sich aber über die politischen Reaktionen der demokratischen

Parteien. Er wisse jetzt, »daß wir nicht alleine sind«.

Republikaner-Chef Schlierer erklärte derweil, es bestehe »keinerlei Zusammenhang zwischen seiner Partei und den Nationalsozialisten«. Strafanzeige wegen Nötigung drohte er jedem an, der es unternehme, Vermieter Seifert zu drohen.

Villa Garbáty war eine »Zierde Pankows«

Die Villa Garbáty gehört nach Ansicht Nachamas zu den Orten, »die vom untergegangenen Leben in dieser Stadt zeugen«. Garbáty selber sei »auf vielen Gebieten als Wohltäter« aufgetreten. Beispielsweise habe er Pankow eine gemeinnützige, interkonfessionelle Stiftung geschenkt und einen Lehrstuhl an der Hochschule für die Wissenschaft des Judentums finanziert. Seine Fabrik sei noch 1936 wegen ihrer vorbildlichen sozialen Einrichtungen als »Zierde Pankows« bezeichnet worden. Nach der »Zwangssarisierung« des gesamten Familienbesitzes wurde die Familie Garbáty in die Emigration getrieben. Nach dem Zweiten Weltkrieg ging die Villa in DDR-Volkseigentum über, zuletzt wurde sie von der bulgarischen Botschaft genutzt.